

**Unterhaltsleitlinien**  
der Familiensenate des Oberlandesgerichts  
**Köln**

Stand: 01.08.2015

## Inhalt

<b>Vorbemerkung</b> .....	4
<b>Unterhaltsrechtliches Einkommen</b> .....	4
<b>1 Geldeinnahmen</b> .....	4
1.1 Regelmäßiges Bruttoeinkommen einschl. Renten und Pensionen .....	4
1.2 Unregelmäßiges Einkommen .....	4
1.3 Überstunden .....	5
1.4 Spesen und Auslösungen .....	5
1.5 Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit .....	5
1.6 Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen .....	5
1.7 Steuererstattungen .....	5
1.8 Sonstige Einnahmen .....	5
<b>2 Sozialleistungen</b> .....	5
2.1 Arbeitslosengeld (§ 136 ff. SGB III), Insolvenzgeld (§ 165 ff. SGBIII), Krankengeld und Übergangsgeld sind Einkommen .....	5
2.2 Leistungen nach dem SGB II .....	5
2.3 Wohngeld .....	5
2.4 BAföG .....	6
2.5 Erziehungs- und Elterngeld .....	6
2.6 Unfall- und Versorgungsrenten .....	6
2.7 Leistungen aus der Pflegeversicherung u.ä. ....	6
2.8 Pflegegeld .....	6
2.9 Grundsicherung beim Verwandtenunterhalt .....	6
2.10 Sozialhilfe .....	6
2.11 Unterhaltsvorschuss .....	6
<b>3 Kindergeld</b> .....	6
<b>4 Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers</b> .....	6
<b>5 Wohnwert</b> .....	6
<b>6 Haushaltsführung</b> .....	7
<b>7 Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit</b> .....	7
<b>8 Freiwillige Zuwendungen Dritter</b> .....	7
<b>9 Erwerbsobliegenheit und Einkommensfiktion</b> .....	7
<b>10 Bereinigung des Einkommens</b> .....	7
10.1 Steuern und Vorsorgeaufwendungen .....	7
10.1.1 Steuern/Splittingvorteil .....	8
10.1.2 Vorsorgeaufwendungen .....	8
10.2 Berufsbedingte Aufwendungen .....	8
10.2.1 Konkrete Aufwendungen .....	8
10.2.2 Fahrtkosten .....	8
10.2.3 Ausbildungsaufwand .....	8
10.3 Kinderbetreuung .....	8
10.4 Schulden .....	9
10.5 Unterhaltsleistungen .....	9
10.6 Vermögensbildung .....	9
10.7 Umgangskosten .....	9
<b>Kindesunterhalt</b> .....	10
<b>11 Bemessungsgrundlage (Tabellenunterhalt)</b> .....	10
11.1 Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, Studiengebühren .....	10
11.2 Eingruppierung .....	10
<b>12 Minderjährige Kinder</b> .....	10
12.1 Betreuungs-/Barunterhalt .....	10
12.2 Einkommen des Kindes .....	10
12.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil .....	10
12.4 Zusatzbedarf .....	10
<b>13 Volljährige Kinder</b> .....	11
13.1 Bedarf .....	11
13.2 Einkommen des Kindes .....	11
13.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht .....	11
<b>14 Verrechnung des Kindergeldes</b> .....	12

<b>Ehegattenunterhalt</b> .....	12
15 <b>Unterhaltsbedarf</b> .....	12
15.1 Bedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen .....	12
15.2 Halbteilung und Erwerbstätigenbonus .....	12
15.3 Konkrete Bedarfsbemessung .....	13
15.4 Vorsorgebedarf/ Zusatz- und Sonderbedarf .....	13
15.5 Bedarf bei Zusammentreffen von Unterhaltsansprüchen mehrerer Ehegatten und/oder Berechtigter nach § 1615I BGB .....	13
15.6 Trennungsbedingter Mehrbedarf .....	13
15.7 Begrenzung und Befristung nach § 1578b BGB .....	13
16 <b>Bedürftigkeit</b> .....	14
17 <b>Erwerbsobliegenheit</b> .....	14
17.1 bei Kindesbetreuung .....	14
17.2 bei Trennungsunterhalt .....	15
<b>Weitere Unterhaltsansprüche</b> .....	15
18 <b>Ansprüche nach § 1615I BGB</b> .....	15
19 <b>Elternunterhalt</b> .....	16
20 <b>Lebenspartnerschaft</b> .....	16
<b>Leistungsfähigkeit und Mangelfall</b> .....	16
21 <b>Selbstbehalt</b> .....	16
21.1 Grundsatz .....	16
21.2 Notwendiger Selbstbehalt .....	16
21.3 Angemessener Selbstbehalt .....	16
21.3.1 gegenüber nicht privilegiertem volljährigem Kind .....	16
21.3.2 gegenüber Anspruchsberechtigten nach § 1615I BGB .....	17
21.3.3 beim Elternunterhalt .....	17
21.3.4 von Großeltern gegenüber Enkeln .....	17
21.4 Mindestselbstbehalt gegenüber Ehegatten .....	17
21.5 Anpassung des Selbstbehalts .....	17
22 <b>Bedarf des mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten</b> .....	18
22.1 Bedarf bei Ansprüchen des nachrangigen geschiedenen Ehegatten .....	18
22.2 Mindestbedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder .....	18
22.3 Mindestbedarf bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln .....	18
23 <b>Bedarf des vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten</b> .....	18
23.1 Bedarf bei Ansprüchen des nachrangigen, geschiedenen Ehegatten .....	18
23.2 Bedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder .....	18
23.3 Bedarf bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln .....	18
24 <b>Mangelfall</b> .....	18
24.1 Grundsatz .....	18
24.2 Einsatzbeträge .....	19
24.3 Berechnung .....	19
24.4 Angemessenheitskontrolle .....	19
25 <b>Rundung</b> .....	19
<b>Anhang</b> .....	20
I. <b>Düsseldorfer Tabelle</b> .....	20
II. <b>Kindergeldanrechnungstabelle (Zahlbeträge)</b> .....	21
III. Umrechnung nach § 36 Nr. 3 EGZPO für bis zum 31.12.2007 erstellte dynamische Unterhaltstitel über Kindesunterhalt .....	22

## **Unterhaltsleitlinien der Familiensenate des Oberlandesgerichts Köln**

### **Vorbemerkung**

Die Familiensenate des OLG Köln verwenden diese Leitlinien für den Regelfall, um eine in praktisch bedeutsamen Unterhaltsfragen möglichst einheitliche Rechtsprechung zu erreichen. Die Leitlinien können die Richter nicht binden. Sie sollen die angemessene Lösung des Einzelfalls - das gilt auch für die "Tabellen-Unterhaltssätze" - nicht antasten.

Die Leitlinien folgen der Düsseldorfer Tabelle und den Süddeutschen Leitlinien, weichen jedoch in Einzelfragen davon ab.

Die Leitlinien gelten ab 1. August 2015. Gegenüber den vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2015 geltenden Leitlinien ergeben sich inhaltliche Änderungen nur in den Anhängen I. und II., die auf Grund des am 23. Juli 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags (BGBl. I, S. 1202) erforderlich wurden.

### **Unterhaltsrechtliches Einkommen**

Bei der Ermittlung und Zurechnung von Einkommen ist stets zu unterscheiden, ob es um Verwandten- oder Ehegattenunterhalt sowie ob es um Bedarfsbemessung einerseits oder Feststellung der Bedürftigkeit/Leistungsfähigkeit andererseits geht.

Das unterhaltsrechtliche Einkommen ist nicht immer identisch mit dem steuerrechtlichen Einkommen.

#### **1 Geldeinnahmen**

##### **1.1 Regelmäßiges Bruttoeinkommen einschl. Renten und Pensionen**

Auszugehen ist vom Bruttoeinkommen als Summe aller Einkünfte.

##### **1.2 Unregelmäßiges Einkommen**

Soweit Leistungen nicht monatlich anfallen (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld), werden sie auf ein Jahr verteilt. Einmalige Zahlungen (z.B. Abfindungen) sind auf einen angemessenen Zeitraum (i.d.R. mehrere Jahre) zu verteilen.

Eine zusätzlich zu dem in unveränderter Höhe bezogenen Einkommen erhaltene Abfindung bleibt jedenfalls für den Ehegattenunterhalt unberücksichtigt (BGH, Urf. v. 2.6.2010 – XII ZR 138/08, FamRZ 2010, 1311). Im Übrigen ist eine Abfindung bis zur Höchstgrenze des Bedarfs aufgrund des früheren Einkommens grundsätzlich für den Unterhalt zu verwenden (BGH, Urf. v. 28.03.2007 – XII ZR 163/04, FamRZ 2007, 983, v. 02.06.2010 - XII ZR 138/08, FamRZ 2010, 1311 und v. 08.04.2012 – XII ZR 65/10, FamRZ 2012, 1040, teilweise Aufgabe von BGH, Urf. v. 29.01.2003 - XII ZR 92/01, FamRZ 2003, 590).

Ob eine Aufstockung bis zum bisherigen Einkommen geboten ist und der bisherige Lebensstandard vollständig aufrechterhalten werden muss oder eine nur teilweise Aufstockung angemessen ist, um die Abfindung auf ei-

nen längeren Zeitraum zu verteilen, beurteilt sich nach den Umständen des Einzelfalls unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen, insbesondere auch nach der vom Unterhaltspflichtigen zu erwartenden weiteren Einkommensentwicklung (BGH, Urt. v. 08.04.2012 – XII ZR 65/10, FamRZ 2012, 1040).

### **1.3 Überstunden**

Überstundenvergütungen werden dem Einkommen voll zugerechnet, soweit sie berufstypisch sind und das in diesem Beruf übliche Maß nicht überschreiten. Ob und in welchem Umfang weitergehende Einkünfte durch Überstunden, aus Nebentätigkeit oder Zweitarbeit anrechenbar sind, ist nach Billigkeit nach den Umständen des Einzelfalls (Höhe der Einkünfte, hohe Schuldenbelastung, Sicherung des Mindestbedarfs, Alter, beidseitige wirtschaftliche Verhältnisse) zu entscheiden (vgl. BGH, Urt. v. 31.10.2012 – XII ZR 30/10).

### **1.4 Spesen und Auslösungen**

Ersatz für Spesen und Reisekosten sowie Auslösungen gelten in der Regel als Einkommen. Damit zusammenhängende Aufwendungen, vermindert um häusliche Ersparnis, sind jedoch abzuziehen.

### **1.5 Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit**

Bei der Ermittlung des zukünftigen Einkommens eines Selbstständigen ist in der Regel der Gewinn der letzten drei Jahre zugrunde zu legen. Für die Vergangenheit ist in der Regel auf das tatsächlich erzielte Jahreseinkommen abzustellen; Durchschnittsberechnungen für den gesamten Unterhaltszeitraum oder für einzelne Unterhaltszeiträume sind möglich.

### **1.6 Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen**

Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Kapitalvermögen ist der Überschuss der Bruttoeinkünfte über die Werbungskosten. Für Gebäude ist keine AfA anzusetzen.

### **1.7 Steuererstattungen**

Steuerzahlungen oder Erstattungen sind in der Regel im Kalenderjahr der tatsächlichen Leistung zu berücksichtigen.

### **1.8 Sonstige Einnahmen**

Sonstige Einnahmen (z.B. Trinkgelder, Krankenhaustagegeld).

## **2 Sozialleistungen**

### **2.1 Arbeitslosengeld (§ 136 ff. SGB III), Insolvenzgeld (§ 165 ff. SGB III), Krankengeld und Übergangsgeld sind Einkommen.**

### **2.2 Leistungen nach dem SGB II**

Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (§§ 19 - 23 SGB II) ist Einkommen beim Verpflichteten. Beim Berechtigten sind Leistungen nach dem SGB II kein Einkommen.

### **2.3 Wohngeld**

Wohngeld ist Einkommen, soweit es nicht erhöhte Wohnkosten deckt.

## **2.4 Bafög**

BAföG-Leistungen sind Einkommen, auch soweit sie als Darlehn gewährt werden, mit Ausnahme von Vorausleistungen nach §§ 36, 37 BAföG.

## **2.5 Erziehungs- und Elterngeld**

Elterngeld nach § 1 BEEG ist als Einkommen zu behandeln; für den Mindestbetrag von monatlich 300 € bzw. 150 € bei verlängertem Bezug gilt dies nur ausnahmsweise (§ 11 S. 4 BEEG).

## **2.6 Unfall- und Versorgungsrenten**

Unfall- und Versorgungsrenten sowie Übergangsgelder aus der Unfall- und Rentenversicherung sind Einkommen; §§ 1610a, 1578a BGB sind zu beachten.

## **2.7 Leistungen aus der Pflegeversicherung u.ä.**

Leistungen aus der Pflegeversicherung, Blindengeld, Schwerbeschädigten- und Pflegezulagen, jeweils nach Abzug des Betrags für tatsächliche Mehraufwendungen, sind Einkommen; §§ 1610a, 1578a BGB sind zu beachten.

## **2.8 Pflegegeld**

Der Anteil des an die Pflegeperson weitergeleiteten Pflegegeldes, durch den ihre Bemühungen abgegolten werden, ist Einkommen; bei Pflegegeld aus der Pflegeversicherung gilt dies nach Maßgabe des § 13 Abs. 6 SGB XI.

## **2.9 Grundsicherung beim Verwandtenunterhalt**

In der Regel sind Leistungen nach §§ 41- 43 SGB XII (Grundsicherung) beim Verwandtenunterhalt Einkommen, nicht aber beim Ehegattenunterhalt.

## **2.10 Sozialhilfe**

Kein Einkommen sind sonstige Sozialhilfeleistungen nach SGB XII.

## **2.11 Unterhaltsvorschuss**

Leistungen nach dem UVG sind nicht als Einkommen zu bewerten. Die Unterhaltsforderung eines Empfängers dieser Leistungen kann in Ausnahmefällen treuwidrig sein.

## **3 Kindergeld**

Kindergeld wird nicht zum Einkommen der Eltern gerechnet.

## **4 Geldwerte Zuwendungen des Arbeitgebers**

Geldwerte Zuwendungen aller Art des Arbeitgebers, z. B. Firmenwagen oder freie Kost und Logis, sind Einkommen, soweit sie entsprechende Eigenaufwendungen ersparen.

## **5 Wohnwert**

Der Wohnvorteil durch mietfreies Wohnen im eigenen Heim ist als wirtschaftliche Nutzung des Vermögens unterhaltsrechtlich wie Einkommen zu behandeln. Neben dem Wohnwert sind auch Zahlungen nach dem Eigenheimzulagengesetz anzusetzen.

Ein Wohnvorteil liegt nur vor, soweit der Wohnwert den berücksichtigungsfähigen Schuldendienst (Zins und beim Trennungsunterhalt in der Regel auch Tilgung), erforderliche Instandhaltungskosten sowie nicht umlagefähige Kosten i.S.v. § 556 Abs. 1 BGB, §§ 1, 2 BetrKV übersteigt. Nach Zustellung des Scheidungsantrags sind Tilgungsleistungen, die der einseitigen Vermögensbildung dienen, in der Regel allein unter dem Gesichtspunkt der ergänzenden Altersvorsorge (vgl. Nr. 10.1.) absetzbar.

Auszugehen ist vom vollen Mietwert (objektiver Wohnwert). Wenn es nicht möglich oder nicht zumutbar ist, die Wohnung aufzugeben und das Objekt zu vermieten oder zu veräußern, kann statt dessen die ersparte Miete angesetzt werden, die angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse angemessen wäre (subjektiver Wohnwert). Dies kommt insbesondere für die Zeit bis zur Zustellung des Scheidungsantrags in Betracht, wenn ein Ehegatte das Eigenheim allein bewohnt (BGH, Urt. v. 05.03.2008 – XII ZR 22/06, FamRZ 2008, 963, 965; Urt. v. 31.10.2012 – XII ZR 30/10).

## **6 Haushaltsführung**

Führt jemand einem leistungsfähigen Dritten den Haushalt, so ist hierfür ein Einkommen anzusetzen. Bei Haushaltsführung durch einen Nichterwerbstätigen können in der Regel 200 - 550 € angesetzt werden.

## **7 Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit**

Einkommen aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit kann nach Billigkeit ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben.

## **8 Freiwillige Zuwendungen Dritter**

Freiwillige Zuwendungen Dritter (z.B. Geldleistungen, kostenloses Wohnen) sind nur als Einkommen zu berücksichtigen, wenn dies dem Willen des Dritten entspricht.

## **9 Erwerbsobliegenheit und Einkommensfiktion**

Einkommen können auch aufgrund einer unterhaltsrechtlichen Obliegenheit erzielbare Einkünfte, ggfs. unter Berücksichtigung pauschaler berufsbedingter Kosten (BGH, Urt. v. 03.12.2008 – XII ZR 182/06, FamRZ 2009, 314, 317), sein.

Erzielbare Einkünfte sind im Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt und der persönlichen Eigenschaften des Erwerbspflichtigen, namentlich Alter, Ausbildung, Berufserfahrung, Gesundheitszustand, Geschlecht, zu ermitteln und setzen auch bei Inanspruchnahme auf den Mindestunterhalt durch ein minderjähriges Kind eine objektiv feststellbare reale Beschäftigungschance voraus (BVerfG, 1. Sen. 2. Kammer, Beschl. v. 11.03.2010 – 1 BvR 3031/08 -, FamRZ 2010, 793).

## **10 Bereinigung des Einkommens**

Das nach Nr. 1 bis 9 ermittelte Einkommen ist wie folgt zu bereinigen:

### **10.1 Steuern und Vorsorgeaufwendungen**

Vom Bruttoeinkommen sind Steuern, Sozialabgaben und/oder angemessene Vorsorgeaufwendungen abzuziehen (Nettoeinkommen).

### **10.1.1 Steuern/Splittingvorteil**

Es besteht die Obliegenheit, Steuervorteile in Anspruch zu nehmen (z.B. Eintragung eines Freibetrags bei Fahrtkosten, für unstreitigen oder titulierten Unterhalt).

### **10.1.2 Vorsorgeaufwendungen**

Vom Einkommen sind ferner Aufwendungen für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abzuziehen.

Im Rahmen der Altersvorsorge können über die Aufwendungen zur Grundversorgung (primäre Altersvorsorge) hinaus in angemessenem Umfang auch tatsächlich geleistete Zahlungen für eine zusätzliche private Altersvorsorge (sekundäre Altersvorsorge) angesetzt werden. Für die primäre Altersvorsorge können Personen, die nicht der gesetzlichen Versicherungspflicht unterliegen, in der Regel etwa 20 % des Bruttoeinkommens ansetzen, sofern die Aufwendungen tatsächlich erfolgen und die Altersvorsorge nicht bereits auf andere Weise gesichert ist. Für die sekundäre Altersvorsorge ist in der Regel beim Ehegattenunterhalt und - wenn der Mindestbedarf gedeckt ist - beim Kindesunterhalt ein Betrag in Höhe von 4 %, bei Eltern- und Enkelunterhalt in Höhe von 5% des Bruttoeinkommens angemessen.

## **10.2 Berufsbedingte Aufwendungen**

Berufsbedingte Aufwendungen, die sich von den privaten Lebenshaltungskosten nach objektiven Merkmalen eindeutig abgrenzen lassen, sind im Rahmen des Angemessenen vom Nettoeinkommen abzuziehen.

### **10.2.1 Konkrete Aufwendungen**

Eine Pauschale von 5 % wird in der Regel nicht gewährt, sondern die berufsbedingten Aufwendungen sind im Einzelnen darzulegen.

### **10.2.2 Fahrtkosten**

Für notwendige Kosten der berufsbedingten Nutzung eines Kraftfahrzeugs kann der nach den Sätzen des § 5 Abs. 2 Nr.2 JVEG anzuwendende Betrag (derzeit 0,30 €) pro gefahrenem Kilometer angesetzt werden. Damit sind i.d.R. Anschaffungs- und Betriebskosten erfasst. Bei langen Fahrtstrecken (ab ca. 30 km einfach) kann nach unten abgewichen werden (für die Mehrkilometer i.d.R. 0,20 €). Daneben sind weitere Kosten (etwa für Kredite oder Reparaturen) regelmäßig nicht absetzbar. Eine Verweisung auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel kommt nach Billigkeit in Betracht, insbesondere wenn der Mindestunterhalt nicht geleistet werden kann.

### **10.2.3 Ausbildungsaufwand**

Bei einem Auszubildenden sind in der Regel 90 € als ausbildungsbedingter Aufwand abzuziehen.

## **10.3 Kinderbetreuung**

Kinderbetreuungskosten und damit zusammenhängende Aufwendungen sind abzugsfähig, soweit die Betreuung durch Dritte infolge der Berufstätigkeit erforderlich wird. Der pauschale Abzug eines Betreuungsbonus



kommt dagegen nicht in Betracht (BGH, Urt. v. 21.04.2010 – XII ZR 134/08, FamRZ 2010,1050).

#### **10.4 Schulden**

Berücksichtigungswürdige Schulden (Zinsen und Tilgung) sind abzuziehen; die Abzahlung soll im Rahmen eines vernünftigen Tilgungsplans in angemessenen Raten erfolgen.

Im Verhältnis zu minderjährigen und privilegierten volljährigen Kindern besteht grundsätzlich die Obliegenheit zur Einleitung der Verbraucherinsolvenz (BGHZ 162, 234), nicht aber gegenüber sonstigen Unterhaltsberechtigten (BGH, Urt. v. 12.12.2007 – XII ZR 23/06, FamRZ 2008, 497).

Bei der Bedarfsermittlung für den Ehegattenunterhalt sind nur eheprägende Schulden abzuziehen. Nacheheliche Entwicklungen wirken sich auf die Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen aus, wenn sie auch bei fortbestehender Ehe eingetreten wären oder in anderer Weise in der Ehe angelegt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten waren (BGH, Urt. v. 07.12.2011 – XII ZR 151/09, FamRZ 2012, 281).

Bei Verwandtenunterhalt sowie bei der Leistungsfähigkeit/Bedürftigkeit für den Ehegattenunterhalt erfolgt eine Abwägung nach den Umständen des Einzelfalls. Bei der Zumutbarkeitsabwägung sind die Interessen des Unterhaltsschuldners, des Drittgläubigers und des Unterhaltsgläubigers, vor allem minderjähriger Kinder, mit zu berücksichtigen.

#### **10.5 Unterhaltsleistungen**

Unterhaltsleistungen für vorrangig Berechtigte sind beim Verpflichteten zur Ermittlung der Leistungsfähigkeit vorweg mit dem Zahlbetrag abzuziehen. Leistet der Berechtigte einem nicht gemeinsamen minderjährigen oder privilegierten volljährigen Kind Barunterhalt, so ist auch dieser mit dem nach seinen Einkommensverhältnissen maßgeblichen Zahlbetrag abzugsfähig. Im Übrigen richtet sich die Abzugsfähigkeit von Unterhaltsleistungen nach den Umständen des Einzelfalls.

#### **10.6 Vermögensbildung**

Bei vermögenswirksamen Leistungen nach den Vermögensbildungsgesetzen sind die Arbeitgeberleistung und die Arbeitnehmersparzulage nicht als unterhaltsrechtliches Einkommen zu werten. Eine weitergehende Arbeitnehmerleistung ist vom Einkommen abzuziehen, wenn sie als angemessene Vorsorgeaufwendung (Nr. 10.1.2) anerkannt werden kann.

#### **10.7 Umgangskosten**

Kosten der Ausübung des Umgangsrechts, die deutlich über den verbleibenden Anteil am Kindergeld (vgl. Nr. 14) hinausgehen, können durch einen - teilweisen - Abzug vom Einkommen oder eine Erhöhung des Ehegattenselbstbehalts berücksichtigt werden (BGH, Urt. v. 17.06.2009 – XII ZR 102/08, FamRZ 2009, 1391, 1396).

## **Kindesunterhalt**

### **11 Bemessungsgrundlage (Tabellenunterhalt)**

Der Barunterhalt minderjähriger und noch im elterlichen Haushalt lebender volljähriger Kinder bestimmt sich nach den Sätzen der Düsseldorfer Tabelle (Anlage 1). Die Richtsätze der 1. Einkommensgruppe der ersten drei Altersstufen entsprechen dem Mindestbedarf gemäß § 1612a Abs.1 BGB. Bei minderjährigen Kindern kann der Barunterhalt als Festbetrag oder als Prozentsatz des jeweiligen Mindestunterhalts geltend gemacht werden.

#### **11.1 Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge, Studiengebühren**

Die Tabellensätze der Düsseldorfer Tabelle enthalten keine Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für das Kind. Ist dieses nicht in einer gesetzlichen Familienversicherung mitversichert, so sind die Beiträge zusätzlich zu zahlen. Das Nettoeinkommen des Verpflichteten ist um solche Versicherungskosten zu bereinigen. In den Tabellenbeträgen sind auch Studiengebühren nicht enthalten.

#### **11.2 Eingruppierung**

Die Tabellensätze sind auf den Fall zugeschnitten, dass der Unterhaltspflichtige zwei Berechtigten, ohne Rücksicht auf den Rang, Unterhalt zu gewähren hat. Bei einer größeren oder geringeren Anzahl Unterhaltsberechtigter können Ab- oder Zuschläge durch Einstufung in niedrigere oder höhere Gruppen angemessen sein. Reicht das verfügbare Einkommen auch dann nicht aus, setzt sich der Vorrang der Kinder nach § 1609 Nr.1 BGB durch (Nr. 24).

### **12 Minderjährige Kinder**

#### **12.1 Betreuungs-/Barunterhalt**

Der betreuende Elternteil braucht neben dem anderen Elternteil in der Regel keinen Barunterhalt zu leisten, es sei denn, sein Einkommen ist bedeutend höher als das des anderen Elternteils und der eigene angemessene Unterhalt (1.300 €) des sonst allein barunterhaltspflichtigen Elternteils ist gefährdet (§ 1603 Abs. 2 S. 3 BGB).

#### **12.2 Einkommen des Kindes**

Einkommen des Kindes wird bei beiden Eltern hälftig angerechnet.

#### **12.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht/Haftungsanteil**

Sind bei auswärtiger Unterbringung oder bei Praktizierung eines echten Wechselmodells (Betreuung 50:50) beide Eltern zum Barunterhalt verpflichtet, haften sie anteilig nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB für den Gesamtbedarf (Berechnung siehe Nr.13.3). Bei auswärtiger Unterbringung kann der Verteilungsschlüssel unter Berücksichtigung des Betreuungsaufwands wertend verändert werden.

#### **12.4 Zusatzbedarf**

Bei Zusatzbedarf (Prozess-/Verfahrenskostenvorschuss, Mehrbedarf, Sonderbedarf) gilt § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB (vgl. Nr. 13.3). Beiträge für Kindereinrichtungen stellen mit Ausnahme der Verpflegungskosten eben-

falls Mehrbedarf des Kindes dar (BGH, Urt. v. 26.11.2008 - 65/07, FamRZ 2009, 962).

## **13 Volljährige Kinder**

### **13.1 Bedarf**

Beim Bedarf volljähriger Kinder ist zu unterscheiden, ob sie noch im Haushalt der Eltern/ eines Elternteils leben oder einen eigenen Hausstand haben.

Für volljährige Kinder, die noch im Haushalt der Eltern/eines Elternteils wohnen, gilt die Altersstufe 4 der Düsseldorfer Tabelle. Sind beide Eltern leistungsfähig (vgl. Nr. 21.3.1), ist der Bedarf des Kindes i.d.R. nach dem zusammengerechneten Einkommen (ohne Höhergruppierung oder Herabstufung) zu bemessen. Ein Elternteil hat jedoch höchstens den Unterhalt zu leisten, der sich allein nach seinem Einkommen aus der Düsseldorfer Tabelle ergibt.

Der angemessene Bedarf eines volljährigen Kindes mit eigenem Hausstand beträgt in der Regel monatlich 670 € (darin sind enthalten Kosten für Unterkunft und Heizung bis zu 280 €) ohne Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie Studiengebühren. Von diesem Betrag kann bei erhöhtem Bedarf oder mit Rücksicht auf die Lebensstellung der Eltern nach oben abgewichen werden.

Für die Haftungsquote gilt in beiden Fällen Nr.13.3.

### **13.2 Einkommen des Kindes**

Auf den Unterhaltsbedarf werden das Kindergeld (Nr. 14) sowie Einkünfte des Kindes, auch BAföG-Darlehen und Ausbildungsbeihilfen (gekürzt um ausbildungsbedingte Aufwendungen, vgl. Nr.10.2.3) angerechnet. Bei Einkünften aus unzumutbarer Erwerbstätigkeit gilt § 1577 Abs. 2 BGB entsprechend.

### **13.3 Beiderseitige Barunterhaltspflicht**

Bei anteiliger Barunterhaltspflicht ist vor Berechnung des Haftungsanteils nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB das bereinigte Nettoeinkommen jedes Elternteils gem. Nr. 10 zu ermitteln. Hiervon ist bei Unterhaltsansprüchen nicht privilegierter volljähriger Kinder ein Sockelbetrag in Höhe des angemessenen Selbstbehalts (1.300 €) abzuziehen.

Der Haftungsanteil nach § 1606 Abs. 3 S. 1 BGB errechnet sich nach der Formel:

Bereinigtes Nettoeinkommen eines Elternteils (N1 oder N2) abzüglich 1.300 € mal (Rest-)Bedarf gemäß Nr. 13.1./13.2. (R), geteilt durch die Summe der bereinigten Nettoeinkommen beider Eltern (N1 + N2) abzüglich 2.600 (=1.300 + 1.300) €

Haftungsanteil Elternteil 1 =  $(N1 - 1.300) \times R : (N1 + N2 - 2.600)$ .

Der so ermittelte Haftungsanteil ist auf seine Angemessenheit zu überprüfen und kann bei Vorliegen besonderer Umstände (z.B. behindertes Kind) wertend verändert werden.

Bei volljährigen Schülern, die in § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB minderjährigen Kindern gleichgestellt sind, wird der Sockelbetrag bis zum notwendigen Selbstbehalt (880 €/1.080 €) herabgesetzt, wenn der Bedarf der Kinder andernfalls nicht gedeckt werden kann.

#### **14 Verrechnung des Kindergeldes**

Das auf das jeweilige Kind entfallende Kindergeld ist nach § 1612b BGB auf den Tabellenunterhalt anzurechnen, vgl. Anhang Tabelle Zahlbeträge.

### **Ehegattenunterhalt**

#### **15 Unterhaltsbedarf**

##### **15.1 Bedarf nach den ehelichen Lebensverhältnissen**

Der Unterhaltsbedarf richtet sich nach den ehelichen Lebensverhältnissen. Nacheheliche Entwicklungen wirken sich auf die Bedarfsbemessung nach den ehelichen Lebensverhältnissen aus, wenn sie auch bei fortbestehender Ehe eingetreten wären oder in anderer Weise in der Ehe angelegt oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten waren (BGH, Urt. v. 07.12.2011 – XII ZR 151/09, FamRZ 2012, 281).

Bei Aufnahme oder Ausdehnung einer Erwerbstätigkeit nach der Scheidung ist das (Mehr)einkommen, welches der Berechtigte erzielt oder pflichtwidrig zu erzielen unterlässt, als Surrogat der Haushaltsführung anzusehen (BGH, Urt. v. 07.12.2011 – XII ZR 151/09, FamRZ 2012, 281).

Nachrangige Unterhaltsansprüche volljähriger Kinder sind bei der Bemessung des Unterhaltsbedarfs des Ehegatten zu berücksichtigen, wenn sie eheprägende Verbindlichkeiten darstellen (BGH, Urt. v. 31.10.2012 - XII ZR 30/10).

Ohne Auswirkung auf den Unterhaltsbedarf sind nacheheliche Entwicklungen, die keinen Anknüpfungspunkt in der Ehe haben, wie die Unterhaltspflicht gegenüber einem neuen Ehegatten, den Splittingvorteil aus der neuen Ehe, sonstige von der neuen Ehe abhängige Einkommenszuschläge, der Vorteil des Zusammenlebens in der neuen Ehe, die Unterhaltspflicht für ein nachehelich geborenes Kind (BGH, Urt. v. 07.12.2011 – XII ZR 151/09, FamRZ 2012, 281).

Übersteigt der so ermittelte Bedarf des Berechtigten den Betrag, der dem Verpflichteten für den eigenen Unterhalt verbleibt (relativer Mangelfall), führt dies zur Kürzung des Unterhalts des Berechtigten und des individuellen Selbstbehalts des Verpflichteten. Ist für den Unterhaltsberechtigten die Untergrenze seines eigenen Selbstbehalts erreicht (absoluter Mangelfall), ist der Unterhalt des Berechtigten entsprechend der in § 1609 BGB geregelten Rangfolge und bei Gleichrang anteilig zu kürzen (BGH, Urt. v. 07.12.2011 – XII ZR 151/09, FamRZ 2012, 281).

##### **15.2 Halbteilung und Erwerbstätigenbonus**

Es gilt der Halbteilungsgrundsatz, wobei jedoch tatsächliche und fiktive Erwerbseinkünfte nur zu 6/7 zu berücksichtigen sind (Abzug von 1/7 Erwerbstätigenbonus vom gemäß Nr. 10 bereinigten Nettoeinkommen).

### **15.3 Konkrete Bedarfsbemessung**

Bei sehr guten Einkommensverhältnissen des Pflichtigen kommt eine konkrete Bedarfsberechnung in Betracht.

### **15.4 Vorsorgebedarf/ Zusatz- und Sonderbedarf**

Werden Altersvorsorge-, Kranken- und Pflegeversicherungskosten vom Berechtigten gesondert geltend gemacht oder vom Verpflichteten bezahlt, sind diese vom Einkommen des Pflichtigen vorweg abzuziehen. Wegen des Vorrangs des Elementarunterhalts besteht ein Anspruch auf Altersvorsorgeunterhalt nur insoweit, als das Existenzminimum des Berechtigten (Nr. 23.2) gesichert ist.

Der Altersvorsorgeunterhalt ist regelmäßig nach der Bremer Tabelle zweistufig zu berechnen. Bei besonders günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen kommt eine einstufige Berechnung in Betracht. Der Altersvorsorgeunterhalt ist nicht auf den Höchstbetrag nach Maßgabe der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung beschränkt (BGH, Ur. v. 25.10.2006 – XII ZR 141/04, FamRZ 2007, 117).

### **15.5 Bedarf bei Zusammentreffen von Unterhaltsansprüchen mehrerer Ehegatten und/oder Berechtigter nach § 1615I BGB**

Bei Zusammentreffen von Unterhaltsansprüchen des geschiedenen Ehegatten und des mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden (neuen) Ehegatten bemisst sich der Unterhaltsbedarf des geschiedenen Ehegatten nach den ehelichen Lebensverhältnissen ohne Berücksichtigung der nachehelichen Entwicklungen (vgl. Nr. 15.1.).

**Die unterschiedliche Rangfolge der Ansprüche (§ 1609 Nr. 2, 3 BGB) ist erst im Rahmen der Prüfung der Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen.** Entsprechendes gilt bei Berechtigten nach § 1615I BGB, es sei denn, ihr Bedarf (Nr. 18) ist geringer.

### **15.6 Trennungsbedingter Mehrbedarf**

Trennungsbedingter Mehrbedarf bleibt in der Regel außer Betracht (BGH, Ur. v. 18.11.2009 – XII ZR 65/09, FamRZ 2010, 111).

### **15.7 Begrenzung und Befristung nach § 1578b BGB**

Aus § 1578b BGB ergibt sich, dass die Herabsetzung wie auch die Befristung des Unterhalts nicht die Regel, sondern die Ausnahme darstellt (BGH, Ur. v. 04.08.2010 – XII ZR 7/09, FamRZ 2010, 1633).

Ein Anspruch auf nachehelichen Unterhalt ist nach § 1578b Abs. 1 S. 1 BGB auf den angemessenen Lebensbedarf, nicht jedoch geringer als 880 €, herabzusetzen, wenn eine an den ehelichen Lebensverhältnissen orientierte Bemessung des Unterhaltsanspruchs auch unter Wahrung der Belange eines dem Berechtigten zur Pflege oder Erziehung anvertrauten gemeinschaftlichen Kindes unbillig wäre. Nach § 1578b Abs. 2 S. 1 BGB ist ein Anspruch auf nachehelichen Unterhalt zeitlich zu begrenzen, wenn ein zeitlich unbegrenzter Unterhaltsanspruch unbillig wäre (BGH, Ur. v. 20.10.2010 – XII ZR 53/09, FamRZ 2010, 2059).

Bei der Billigkeitsprüfung nach § 1578b Abs. 1 S. 2 BGB ist vorrangig zu berücksichtigen, ob ehebedingte Nachteile eingetreten sind. Diese stehen

schon deshalb regelmäßig einer Befristung des nachehelichen Unterhalts entgegen, weil der Unterhaltsberechtigte dann seinen eigenen angemessenen Unterhalt nicht selbst erzielen kann. Fehlen ehebedingte Nachteile, so ist über eine Herabsetzung auf den angemessenen Lebensbedarf im Wege einer umfassenden Billigkeitsabwägung zu entscheiden, bei der auch eine über die Kompensation ehebedingter Nachteile hinausgehende nacheheliche Solidarität zu berücksichtigen ist. Die Ehedauer, bei der auf die Zeit von der Eheschließung bis zur Zustellung des Scheidungsantrags abzustellen ist, gewinnt durch eine wirtschaftliche Verflechtung an Gewicht, die insbesondere durch Aufgabe einer eigenen Erwerbstätigkeit wegen der Betreuung gemeinsamer Kinder oder der Haushaltsführung eintritt (BGH, Ur. v. 6.10.2010 – XII ZR 202/08, FamRZ 2010, 1971). Im Rahmen der Abwägung nach § 1578b BGB findet eine Aufarbeitung ehelichen Fehlverhaltens nicht statt (BGH, Ur. v. 20.10.2010 – XII ZR 53/09, FamRZ 2010, 2059).

Im Rahmen der Herabsetzung und zeitlichen Begrenzung des Unterhalts ist der Unterhaltspflichtige für die Tatsachen darlegungs- und beweisbelastet, die für eine Befristung sprechen. Hinsichtlich der Tatsache, dass ehebedingte Nachteile nicht entstanden sind, trifft den Unterhaltsberechtigten aber nach den Regeln zum Beweis negativer Tatsachen eine sog. sekundäre Darlegungslast. Der Unterhaltsberechtigte muss die Behauptung, es seien keine ehebedingten Nachteile entstanden, substantiiert bestreiten und seinerseits darlegen, welche konkreten ehebedingten Nachteile entstanden sein sollen. Erst wenn das Vorbringen des Unterhaltsberechtigten diesen Anforderungen genügt, müssen die vorgetragene ehebedingten Nachteile vom Unterhaltspflichtigen widerlegt werden (BGH, Ur. v. 24.03.2010- XII ZR 175/08, FamRZ 2010, 875).

Der Unterhaltsberechtigte kann im Einzelfall seiner – sekundären - Darlegungslast genügen, wenn er vorträgt, dass in dem von ihm erlernten Beruf Gehaltssteigerungen in einer bestimmten Höhe mit zunehmender Berufserfahrung bzw. Betriebszugehörigkeit üblich sind (BGH, Ur. v. 20.10.2010 – XII ZR 53/09, FamRZ 2010, 2059).

## **16 Bedürftigkeit**

Eigene Einkünfte, die der Berechtigte erzielt oder pflichtwidrig zu erzielen unterlässt, sind auf den Bedarf anzurechnen, wobei das bereinigte Nettoerwerbseinkommen um den Erwerbstätigenbonus (1/7) zu vermindern ist.

## **17 Erwerbsobliegenheit**

### **17.1 bei Kindesbetreuung**

Es besteht bei der Betreuung von Kindern nach Vollendung des dritten Lebensjahres die Obliegenheit, für den eigenen Unterhalt zu sorgen, solange keine kind- oder elternbezogenen Gründe im Sinne des § 1570 BGB diese Erwerbsobliegenheit einschränken (BGH, Ur. v. 18.03.2009 – XII ZR 74/08, FamRZ 2009, 770; Ur. v. 17.06.2009 – XII ZR 102/08, FamRZ 2009, 1391 und Ur. v. 21.04.2010 - XII ZR 134/08 - ,FamRZ 2010, 1050).

Im Rahmen der Billigkeitsentscheidung über eine Verlängerung des Betreuungsunterhalts aus kindbezogenen Gründen (§ 1570 Abs. 1 S. 2 und 3 BGB) ist stets zunächst der individuelle Umstand zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Kindesbetreuung auf andere Weise gesichert ist oder in

kindgerechten Betreuungseinrichtungen gesichert werden könnte. Mit der Neugestaltung des nahehelichen Betreuungsunterhalts in § 1570 BGB hat der Gesetzgeber für Kinder ab Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes den Vorrang der persönlichen Betreuung aufgegeben (BGH, Urt. v. 18.03.2009 – XII ZR 74/08 -, FamRZ 2009, 770, Urt. v. 17.06.2009 – XII ZR 102/08 -, FamRZ 2009, 1391, Urt. v. 21.04.2010 - XII ZR 134/08 -, FamRZ 2010, 1050 und Urt. v. 8.4.2012 – XII ZR 65/10, FamRZ 2012, 1040).

Eine Erwerbstätigkeit kann auch aus Gründen der nahehelichen Solidarität unbillig erscheinen. Das in der Ehe gewachsene Vertrauen in die vereinbarte und praktizierte Rollenverteilung und die gemeinsame Ausgestaltung der Kinderbetreuung gewinnen bei längerer Ehedauer oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit zur Erziehung gemeinsamer Kinder weiter an Bedeutung (ehebezogene Gründe, § 1570 Abs. 2 BGB, vgl. BGH, Urt. v. 15.09.2010 – XII ZR 20/09, FamRZ 2010, 1880). Zur Beurteilung einer überobligationsmäßigen Belastung im Rahmen der Verlängerung des Betreuungsunterhalts ist auch der Aspekt einer gerechten Lastenverteilung zwischen unterhaltsberechtigtem und unterhaltspflichtigem Elternteil zu berücksichtigen (BGH, Urt. v. 18.3.2009 - XII ZR 74/08, FamRZ 2009, 770; v. 16.7.2008 - XII ZR 109/05, FamRZ 2008, 1739, v. 21. April 2010 - XII ZR 134/08, FamRZ 2010, 1050 und v. 8.4.2012 – XII ZR 65/10, FamRZ 2012, 1040).

Die Darlegungs- und Beweislast für die Umstände, die einer vollen oder teilweisen Erwerbsobliegenheit entgegenstehen, trifft den betreuenden Elternteil. Dies gilt auch, wenn ein Titel über den Basisunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 1 BGB abgeändert werden soll. An die für eine Verlängerung des Betreuungsunterhalts insbesondere aus kindbezogenen Gründen erforderlichen Darlegungen sind keine überzogenen Anforderungen zu stellen (BGH, Urt. v. 15.6.2011 - XII ZR 94/09, FamRZ 2011, 1375, Urt. v. 8.4.2012 – XII ZR 65/10, FamRZ 2012, 1040).

Der Titel über den zeitlichen Basisunterhalt nach § 1570 Abs. 1 S. 1 BGB ist grundsätzlich nicht zu befristen. Eine Befristung des Titels über Betreuungsunterhalt im Übrigen kommt nicht in Betracht, eine Begrenzung vom eheangemessenen auf den angemessenen Unterhalt nach der eigenen Lebensstellung kann unter Berücksichtigung des Kindeswohls aus Gründen der Billigkeit erfolgen (BGH, Urt. v. 06.05.2009 – XII ZR 114/08 -, FamRZ 2009, 1124).

## **17.2 bei Trennungsunterhalt**

In der Regel besteht für den Berechtigten im ersten Jahr nach der Trennung keine Obliegenheit zur Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit.

## **Weitere Unterhaltsansprüche**

### **18 Ansprüche nach § 1615I BGB**

Der Bedarf des nach § 1615I Abs. 2 S. 2, Abs. 4 BGB unterhaltsberechtigten Elternteils bemisst sich nach dem Lebensstandard, den er vor der Geburt des Kindes erreicht hatte. Der Bedarf kann nicht von dem ggfls. höhe-

ren Einkommen des Unterhaltspflichtigen abgeleitet werden, auch dann nicht, wenn die Kindeseltern längere Zeit zusammengelebt haben (BGH, Urt. v. 16.07.2008 – XII ZR 109/05 -, FamRZ 2008, 1739). Dem Berechtigten ist jedoch jedenfalls ein Bedarf zuzubilligen, der nicht unter dem Existenzminimum liegt und mit dem notwendigen Selbstbehalt des Unterhaltspflichtigen von gegenwärtig 880 € angesetzt werden kann (BGH Urt. v. 16.12.2009 – XII ZR 50/08 -, FamRZ 2010, 357). Hinsichtlich der Erwerbsobliegenheit gelten die Grundsätze unter Nr. 17.1 entsprechend.

## **19 Elternunterhalt**

Beim Bedarf der Eltern sind Leistungen zur Grundsicherung nach §§ 41 ff. SGB XII zu berücksichtigen (vgl. Nr.2.9.).

## **20 Lebenspartnerschaft**

Bei Getrenntleben oder Aufhebung der Lebenspartnerschaft gelten §§ 5, 12, 16 LPartG.

## **Leistungsfähigkeit und Mangelfall**

### **21 Selbstbehalt**

Dem Unterhaltspflichtigen muss nach Abzug der Unterhaltsansprüche der Selbstbehalt (Eigenbedarf) verbleiben.

#### **21.1 Grundsatz**

Es ist zu unterscheiden zwischen dem notwendigen (§ 1603 Abs. 2 BGB), dem angemessenen (§ 1603 Abs. 1 BGB) sowie dem eheangemessenen Selbstbehalt (§§ 1361 Abs. 1, 1578 Abs. 1 BGB; BGH, Urt. v. 15.03.2006 – XII ZR 30/04, FamRZ 2006, 683).

#### **21.2 Notwendiger Selbstbehalt**

Der notwendige Selbstbehalt (Eigenbedarf) beträgt gegenüber minderjährigen unverheirateten Kindern und gegenüber volljährigen unverheirateten Kindern bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, die im Haushalt der Eltern oder eines Elternteils leben und sich in der allgemeinen Schulausbildung befinden,

- beim nichterwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich **880 €**

- beim erwerbstätigen Unterhaltspflichtigen monatlich **1.080 €**

Hierin sind 380 € für Unterkunft einschließlich umlagefähiger Nebenkosten und Heizung (Warmmiete) enthalten.

#### **21.3 Angemessener Selbstbehalt**

Der angemessene Selbstbehalt beträgt:

##### **21.3.1 gegenüber nicht privilegiertem volljährigem Kind**

in der Regel **1.300 €** Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **480 €** enthalten.

Nach Verlust einer bereits erlangten wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Kindes beträgt der angemessene Selbstbehalt **1.800 €** (vgl. BGH, Urt. v.



18.01.2012 – XII ZR 15/10, FamRZ 2012, 530, und v. 18.07.2012 – XII ZR 91/10, FamRZ 2012, 1553).

### **21.3.2 gegenüber Anspruchsberechtigten nach § 1615I BGB**

**1.200 €** Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **430 €** enthalten.

### **21.3.3 beim Elternunterhalt**

mindestens monatlich **1.800 € (Sockelbetrag)**, wobei die Hälfte des diesen Mindestbetrag übersteigenden Einkommens, bei Vorteilen des Zusammenlebens in der Regel 45% zusätzlich anrechnungsfrei bleibt (vgl. BGH, Ur. v. 28.07.2010 – XII ZR 140/07 -, FamRZ 2010, 1535).

Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **480 €** enthalten.

### **21.3.4 von Großeltern gegenüber Enkeln**

mindestens monatlich **1.800 €**, wobei die Hälfte des diesen Mindestbetrag übersteigenden Einkommens, bei Vorteilen des Zusammenlebens in der Regel 45% zusätzlich anrechnungsfrei bleibt (vgl. BGH, Ur. v. 28.07.2010 – XII ZR 140/07, FamRZ 2010, 1535). Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **480 €** enthalten.

### **21.4 Mindestselbstbehalt gegenüber Ehegatten**

Der eheangemessene Selbstbehalt beträgt **1.200 €** Hierin sind Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **430 €** enthalten.

### **21.5 Anpassung des Selbstbehalts**

Beim Verwandtenunterhalt kann der jeweilige Selbstbehalt unterschritten werden, wenn der eigene Unterhalt des Pflichtigen ganz oder teilweise durch seinen Ehegatten gedeckt ist (vgl. Nr. 22).

Wird konkret eine erhebliche und nach den Umständen nicht vermeidbare Überschreitung der in den einzelnen Selbstbehalten enthaltenen Wohnkosten dargelegt, erhöht sich der Selbstbehalt. Wird die Wohnung von mehreren Personen genutzt, ist der Wohnkostenanteil des Pflichtigen festzustellen. Bei Erwachsenen geschieht die Aufteilung in der Regel nach Köpfen. Kinder sind vorab mit einem Anteil von 20 % ihres Anspruchs auf Barunterhalt zu berücksichtigen. Besteht für den Verpflichteten ein Anspruch auf Wohngeld, ist dieser wohnkostenmindernd zu berücksichtigen (vgl. Nr. 2.3).

Eine Herabsetzung des Selbstbehalts allein wegen geringerer als der im Selbstbehalt berücksichtigten Wohnkosten kommt auch im Rahmen der gesteigerten Unterhaltsverpflichtung gegenüber minderjährigen Kindern nicht in Betracht.

Hingegen kann der Selbstbehalt eines Unterhaltspflichtigen wegen einer infolge gemeinsamer Haushaltsführung tatsächlich eingetretenen Ersparnis herabgesetzt werden, höchstens jedoch bis auf sein Existenzminimum nach sozialhilferechtlichen Grundsätzen (BGH, Ur. v. 03.12.2008 – XII ZR 182/06, FamRZ 2009, 314, 316 und v. 09.01.2008 – XII ZR 170/05, FamRZ 2008, 594, 598).

## **22 Bedarf des mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten**

### **22.1 Bedarf bei Ansprüchen des nachrangigen geschiedenen Ehegatten**

Der Mindestbedarf des mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden neuen Ehegatten wird mit **960 €** angesetzt.

### **22.2 Mindestbedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder**

Der Mindestbedarf des mit dem Unterhaltspflichtigen zusammenlebenden Ehegatten bei Ansprüchen nicht privilegierter volljähriger Kinder beträgt **1.040 €** nach Verlust einer bereits erlangten wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Kindes 1.440 € (vgl. 21.3.1.).

### **22.3 Mindestbedarf bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln**

Ist bei Unterhaltsansprüchen der Eltern oder von Enkeln der Unterhaltspflichtige verheiratet, wird für den mit ihm zusammenlebenden Ehegatten ein Betrag von mindestens **1.440 €** angesetzt. Im Familienmindestbedarf (vgl. Nr. 21.3.3 und 21.3.4) von **3.240 €** (1.800 € + 1.440 €) sind die Kosten für Unterkunft und Heizung in Höhe von **860 €** enthalten.

Der Familienselbstbehalt trägt bereits dem Umstand Rechnung, dass die Ehegatten durch ihr Zusammenleben Haushaltsersparnisse erzielen (BGH, Urt. v. 18.07.2012 – XII ZR 91/10, FamRZ 2012, 1553).

## **23 Bedarf des vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten**

### **23.1 Bedarf bei Ansprüchen des nachrangigen, geschiedenen Ehegatten**

Der Bedarf des vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten beträgt bei Ansprüchen des nachrangigen, geschiedenen Ehegatten **1.200 €**

### **23.2 Bedarf bei Ansprüchen volljähriger Kinder**

Der Bedarf des vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten beträgt bei Ansprüchen volljähriger Kinder **1.300 €**

### **23.3 Bedarf bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln**

Der Bedarf des vom Pflichtigen getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten beträgt bei Ansprüchen von Eltern oder Enkeln des anderen Ehegatten und von gemeinsamen Enkeln **1.800 €**

## **24 Mangelfall**

### **24.1 Grundsatz**

Ein absoluter Mangelfall liegt vor, wenn das Einkommen des Verpflichteten zur Deckung seines notwendigen Selbstbehalts und der gleichrangigen Unterhaltsansprüche nicht ausreicht. Zur Feststellung des Mangelfalls entspricht der einzusetzende Bedarf für minderjährige und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellte Kinder dem Zahlbetrag der Unterhaltstabelle, für den getrenntlebenden/geschiedenen Ehegatten und für den Berechtigten nach § 1615I BGB sowie den mit dem Pflichtigen zusammenlebenden Ehegatten den jeweiligen ungedeckten Bedarfsbeträgen (Nr. 15, 16).

## **24.2 Einsatzbeträge**

Als Einsatzbeträge im Mangelfall (Existenzminimum) sind im Verhältnis von gleichrangigen Berechtigten zueinander anzusetzen:

bei minderjährigen und diesen nach § 1603 Abs. 2 S. 2 BGB gleichgestellten Kindern der Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe nach der Düsseldorfer Tabelle (Zahlbeträge)

bei allen anderen Berechtigten der nach den allgemeinen Regeln bestimmte Bedarf.

Anrechenbares Einkommen des Berechtigten ist von seinem Einsatzbetrag abzuziehen.

## **24.3 Berechnung**

Die nach Abzug des Selbstbehalts des Unterhaltspflichtigen verbleibende Verteilungsmasse ist anteilig auf alle gleichrangigen Unterhaltsberechtigten im Verhältnis ihrer Unterhaltsansprüche zu verteilen.

## **24.4 Angemessenheitskontrolle**

Das im Rahmen der Mangelfallberechnung gewonnene Ergebnis ist auf seine Angemessenheit zu überprüfen.

## **25 Rundung**

Der Unterhaltsbetrag ist auf volle € aufzurunden.

## **Anhang**

### **I. Düsseldorfer Tabelle**

### **II. Tabelle Zahlbeträge**

### **III. Umrechnung dynamischer Titel über Kindesunterhalt in Mindestunterhalt gemäß § 36 Abs. 3 EGZPO**

Anhang

**I. Düsseldorf Tabelle (Stand: 01.08.2015)**

(alle Beträge in Euro)

	Einkommensgruppen Anrechenbares Einkommen des Pflichtigen	Altersstufen					Bedarfskontroll- betrag Nr. 11.2.2
		0-5 (Geburt bis 6. Geburtstag)	6-11 (6. bis 12. Ge- burtstag)	12-17 (12. bis 18. Geburtstag)	ab 18		
1.	<b>bis 1.500</b>	<b>328</b>	<b>376</b>	<b>440</b>	<b>504</b>	<b>100</b>	<b>880/1080</b>
2.	1.501 - 1.900	345	395	462	530	105	1.180
3.	1.901 - 2.300	361	414	484	555	110	1.280
4.	2.301 - 2.700	378	433	506	580	115	1.380
5.	2.701 - 3.100	394	452	528	605	120	1.480
6.	3.101 - 3.500	420	482	564	646	128	1.580
7.	3.501 - 3.900	447	512	599	686	136	1.680
8.	3.901 - 4.300	473	542	634	726	144	1.780
9.	4.301 - 4.700	499	572	669	767	152	1.880
10.	4.701 - 5.100	525	602	704	807	160	1.980
ab 5.101 nach den Umständen des Falles							

## II. Kindergeldanrechnungstabelle (Zahlbeträge)

Die folgenden Tabellen enthalten die sich nach Abzug des jeweiligen Kindergeldanteils (hälftiges Kindergeld bei Minderjährigen, volles Kindergeld bei Volljährigen) ergebenden Zahlbeträge. Bei der Anwendung des § 1612 b Abs. 1 BGB ist für die Zeit bis zum 31.12.2015 Kindergeld von monatlich 184 EUR für erste und zweite Kinder, 190 EUR für dritte Kinder und 215 EUR für das vierte und jedes weitere Kind maßgeblich.

<b>1. und 2. Kind</b>		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.500	236	284	348	320	100
2.	1.501 - 1.900	253	303	370	346	105
3.	1.901 - 2.300	269	322	392	371	110
4.	2.301 - 2.700	286	341	414	396	115
5.	2.701 - 3.100	302	360	436	421	120
6.	3.101 - 3.500	328	390	472	462	128
7.	3.501 - 3.900	355	420	507	502	136
8.	3.901 - 4.300	381	450	542	542	144
9.	4.301 - 4.700	407	480	577	583	152
10.	4.701 - 5.100	433	510	612	623	160

<b>3. Kind</b>		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.500	233	281	345	314	100
2.	1.501 - 1.900	250	300	367	340	105
3.	1.901 - 2.300	266	319	389	365	110
4.	2.301 - 2.700	283	338	411	390	115
5.	2.701 - 3.100	299	357	433	415	120
6.	3.101 - 3.500	325	387	469	456	128
7.	3.501 - 3.900	352	417	504	496	136
8.	3.901 - 4.300	378	447	539	536	144
9.	4.301 - 4.700	404	477	574	577	152
10.	4.701 - 5.100	430	507	609	617	160

<b>Ab 4. Kind</b>		0 – 5	6 – 11	12 - 17	ab 18	%
1.	bis 1.500	220,50	268,50	332,50	289	100
2.	1.501 - 1.900	237,50	287,50	354,50	315	105
3.	1.901 - 2.300	253,50	306,50	376,50	340	110

4.	2.301 - 2.700	270,50	325,50	398,50	365	115
5.	2.701 - 3.100	286,50	344,50	420,50	390	120
6.	3.101 - 3.500	312,50	374,50	456,50	431	128
7.	3.501 - 3.900	339,50	404,50	491,50	471	136
8.	3.901 - 4.300	365,50	434,50	526,50	511	144
9.	4.301 - 4.700	391,50	464,50	561,50	552	152
10.	4.701 - 5.100	417,50	494,50	596,50	592	160

### III. Umrechnung nach § 36 Nr. 3 EGZPO für bis zum 31.12.2007 erstellte dynamische Unterhaltstitel über Kindesunterhalt

Ist Kindesunterhalt als Prozentsatz des jeweiligen Regelbetrages zu leisten, bleibt der vor dem 31.12.2007 errichtete Titel bestehen. Eine Abänderung ist nicht erforderlich. An die Stelle des bisherigen Prozentsatzes vom Regelbetrag tritt ein neuer Prozentsatz vom Mindestunterhalt. Dieser ist für die jeweils maßgebliche Altersstufe gesondert zu bestimmen und auf eine Stelle nach dem Komma zu begrenzen (§ 36 Nr. 3 EGZPO).

Der neue Prozentsatz ist auf der Basis des Mindestunterhalts der Altersstufe zu ermitteln, der das Kind am 31.12.2007 angehörte. Für die nachfolgenden Jahre ist der so ermittelte Prozentsatz weiterhin maßgeblich (BGH, Urt. v. 18.04.2012 – XII ZR 66/10, FamRZ 2012, 1048). Der Bedarf ergibt sich aus der Multiplikation des neuen Prozentsatzes mit dem jeweils im entsprechenden Unterhaltszeitraum gültigen Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe und ist auf volle Euro aufzurunden (§ 1612a Abs. 2 S. 2 BGB). Der Zahlbetrag ergibt sich aus dem um das jeweils anteilige Kindergeld verminderten bzw. erhöhten Bedarf.

**Es sind vier Fallgestaltungen zu unterscheiden:**

- a) Der Titel sieht die Anrechnung des hälftigen Kindergeldes oder eine teilweise Anrechnung des Kindergeldes vor.

$$\frac{\text{Zahlbetrag} + \frac{1}{2} \text{ Kindergeld}}{\text{Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe}} \times 100 = \text{Prozentsatz neu}$$

#### Beispiel 1. Altersstufe

$$\frac{(196 \text{ €} + 77 \text{ €})}{279 \text{ €}} \times 100 = 97,8 \% \quad 279 \text{ €} \times 97,8 \% = 272,86 \text{ €}, \text{ gerundet } \mathbf{273 \text{ €}}$$

- b) Der Titel sieht die Hinzurechnung des hälftigen Kindergeldes vor.

$$\frac{\text{Zahlbetrag} - \frac{1}{2} \text{ Kindergeld}}{\text{Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe}} \times 100 = \text{Prozentsatz neu}$$

**Beispiel 1. Altersstufe**

$$\frac{(273 \text{ €} - 77 \text{ €})}{279 \text{ €}} \times 100 = 70,2 \% \quad 279 \text{ €} \times 70,2 \% = 195,85 \text{ €}, \text{ gerundet } \mathbf{196 \text{ €}}$$

- c) Der Titel sieht die Anrechnung des vollen Kindergeldes vor

$$\frac{\text{Zahlbetrag} + \frac{1}{1} \text{ Kindergeld}}{\text{Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe}} \times 100 = \text{Prozentsatz neu}$$

**Beispiel 2. Altersstufe**

$$\frac{(177 \text{ €} + 154 \text{ €})}{322 \text{ €}} \times 100 = 102,7 \% \quad 322 \text{ €} \times 102,7 \% = 330,69 \text{ €}, \text{ gerundet } \mathbf{331 \text{ €}}$$

- d) Der Titel sieht weder eine Anrechnung noch eine Hinzurechnung des Kindergeldes vor.

$$\frac{\text{Zahlbetrag} + \frac{1}{2} \text{ Kindergeld}}{\text{Mindestunterhalt der jeweiligen Altersstufe}} \times 100 = \text{Prozentsatz neu}$$

**Beispiel 3. Altersstufe**

$$\frac{(329 \text{ €} + 77 \text{ €})}{365 \text{ €}} \times 100 = 111,2 \% \quad 65 \text{ €} \times 111,2 \% = 405,88 \text{ €}, \text{ gerundet } \mathbf{406 \text{ €}}$$